



Die 10. Volkskammer der DDR 1990

22. Februar: Konstituierung der Wahlkommission der DDR, Wahl von Petra Bläss zur Vorsitzenden.

6./7. März: Letzte Tagung der 9. Volkskammer, u.a. mit Verfassungsänderungen zum Streikrecht und einem Gesetz zur Neuwahl der Kommunalparlamente.

18. März: Erste und einzige freie Wahl zur Volkskammer der DDR. Mit dem Wahltag beginnt zugleich die 10. Wahlperiode der Volkskammer. Sieger der Wahl wird die CDU mit 163 von 400 Mandaten, gefolgt von der SPD mit 88 Mandaten und der PDS mit 66 Mandaten. Von den 400 Mitgliedern der Volkskammer gehörten nur elf der 9. Volkskammer an. In den folgenden Tagen konstituieren sich die Fraktionen:

CDU: Lothar de Maizière, ab 10. April Günther Krause

SPD: Ibrahim Böhme, ab 3. April Richard Schröder

PDS: Gregor Gysi

DSU: Hansjoachim Walther

Die Liberalen: Rainer Ortleb

Bündnis 90/Die Grünen: Jens Reich, Vera Wollenberger, Wolfgang Ullmann bzw. ab April Marianne Birthler

DBD/DFD: Günther Maleuda

5. April: Konstituierung der 10. Volkskammer unter dem Vorsitz von Lothar Piche (DSU); im 2. Wahlgang wird Sabine Bergmann-Pohl zur Präsidentin der Volkskammer gewählt; der traditionelle Anspruch der stärksten Fraktion auf das Amt war von anderen Fraktionen bestritten worden, da diese Regelung in der DDR nicht praktiziert worden war; bei der Wahl der Stellvertreter wird jede Fraktion berücksichtigt, auch dies ist eine Abweichung von dem im Bundestag praktizierten Verfahren; bei der Wahl benennt jede Fraktion zwei Kandidaten für den jeweiligen Stellvertreterposten. Gemäß Verfassung der DDR wird Lothar de Maizière als Vertreter der stärksten Fraktion von der Volkskammer mit der Regierungsbildung beauftragt. Durch eine Verfassungsänderung wird der Staatsrat abgeschafft und einstweilen die Funktion des Staatsoberhauptes auf den Präsidenten bzw. die Präsidentin der Volkskammer übertragen.

9. April: Sabine Bergmann-Pohl übernimmt von Manfred Gerlach die Geschäfte des Staatsoberhauptes.

11. April: Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, SPD, Liberalen, DSU und DA werden abgeschlossen.

12. April: Wahl von Lothar de Maizière zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Wahl der übrigen Mitglieder des Ministerrates durch die Volkskammer. Zuvor werden die

Kandidaten von einigen wenigen Abgeordneten der Opposition befragt. Nach einer Änderung der Verfassung werden die Regierungsmitglieder nicht auf die Verfassung der DDR vereidigt. Beschluss über die Einsetzung ständiger Ausschüsse der Volkskammer.

19. April: Regierungserklärung. Die Abgeordneten der CDU und des DA schließen sich zusammen, ihre Fraktion lautet offiziell CDU/DA.

30. April: Das Präsidium der Volkskammer trifft mit dem Präsidium des Bundestages in Berlin zusammen.

6. Mai: Kommunalwahlen in der DDR, damit auch Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, die für Ost-Berlin gewählt wird.

17. Mai: Beschluss der Volkskammer über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode für die Bezirkstage, die 1986 zusammen mit der 9. Volkskammer bestellt worden waren.

18. Mai: Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli; die DDR verliert ihre Hoheit in der Finanzpolitik an die Bundesrepublik, übernimmt etliche bundesdeutsche Gesetze und Verordnungen und führt die DM ein.

7. Juni: Erstmals wird in der Volkskammer eine ordentliche Fragestunde durchgeführt. Dieses Verfahren, 1869 in deutschen Parlamenten eingeführt, hatte sich zuvor in der Volkskammer nicht etablieren können.

17. Juni: Tag der deutschen Einheit. – Die DSU-Fraktion stellt in der Volkskammer den Antrag, die DDR möge sofort nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten; die Debatte zeigt zwar eine deutliche Mehrheit das vorgeschlagene Verfahren, der Antrag selbst wird aber zunächst obsolet durch Überweisung an einen Ausschuss.

19. Juni: CDU/CSU und FDP einigen darauf, den 12. Deutschen Bundestag Anfang Dezember 1990 wählen zu lassen; durch die vorzeitige Bundestagswahl im März 1983 war der übliche Wahltermin im September/Oktober nicht mehr zu halten; durch eine lang angelegte Aktion wurde für die folgenden Wahlen jeweils der früheste Termin gewählt, so dass 1998, fünfzehn Jahre später, der traditionelle Wahltermin wieder stattfinden konnte; seitdem ist der Bundestag im September gewählt worden.

20. Juli: Ein Antrag der Liberalen, die DDR möge zum 1. Dezember der Bundesrepublik beitreten, scheitert zwei Tage später am Widerstand von CDU und PDS. – Durch eine Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten wird es Volkskammermitgliedern ermöglicht, ihre Partei zu wechseln ohne damit auch ihr Mandat zu verlieren. Durch die neue Regelung treten die Minister Diestel und Ebeling zur CDU über; die DSU ist seit dem 2. Juli nicht mehr in der Regierung vertreten. Zugleich beschleunigt diese Regelung den Zerfall der Bauernpartei und ihrer Fraktion in der Volkskammer.

22. Juli: Verfassungsänderung zwecks Bildung der Länder in der DDR, dazu ein Gesetz über die Wahlen zu den Landtagen am 14. Oktober. – Den Parteien in der DDR wird gestattet, mit anderen Parteien in der Bundesrepublik zu fusionieren.

24. Juli: Die Liberalen erklären ihren Austritt aus der Regierung, ihre Minister bleiben aber in der Regierung. – Drei der neun Abgeordneten der Bauernpartei kündigen ihren Wechsel zur SPD an.

27. Juli: Die PDS öffnet sich linken Gruppierungen in der Bundesrepublik und will diese im Westen auf ihren Listen für den Bundestag kandidieren lassen.

4. August: Der Demokratische Aufbruch schließt sich auf einem Parteitag der CDU an.

9. August: Der Wahlvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik scheitert in der Volkskammer. Ebenso scheitern Versuche, den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zu klären oder bereits zu erklären.

11./12. August: Die drei liberalen Parteien der DDR treten auf einem Vereinigungsparteitag der FDP bei.

15. August: Lothar de Maizière kündigt die Entlassung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder an; ferner nimmt er den Rücktritt von zwei weiteren Ministern an.

16. August: Die SPD beendet die Regierungskoalition. Damit hat die Regierung in der Volkskammer keine Mehrheit; auch der angestrebte Vertrag zur Einheit ist ohne die Unterstützung der SPD chancenlos.

21. August: Im Streit über den Beitrittstermin tritt Richard Schröder als Vorsitzender der SPD-Fraktion zurück, sein Nachfolger wird Wolfgang Thierse; Ibrahim Böhme, Gründungsvorsitzender der SDP, verlässt die Fraktion und legt wenig später sein Volkskammermandat nieder.

22./23. August: Der Wahlvertrag mit der Bundesrepublik findet eine Mehrheit in der Volkskammer. Er sieht eine Fünf-Prozent-Sperrklausel für das gesamte Bundesgebiet vor. Diese Regelung wird noch vor der Wahl vom Bundesverfassungsgericht gekippt, die Sperrklausel gilt schließlich separat für das alte Bundesgebiet und für das Gebiet der ehemaligen DDR. – In einer stürmischen Nachtsitzung beschließt die Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990. Legendär wird der anschließende Auftritt Gregor Gysis mit seiner Bemerkung: „Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 ...“ Der Satz geht unter im jubelnden Beifall der Abgeordneten.

24. August: Die Volkskammer fordert die Beibehaltung der Abtreibungspraxis, wie sie in der DDR gehandhabt wurde, und diskutiert die Verfolgung Schwuler nach § 175 in der Bundesrepublik.

29. August: Die Fraktion DBD/DFD beschließt ihre Auflösung. Vier Abgeordnete wechseln zur CDU, drei zur SPD, zwei zur liberalen Fraktion; Günther Maleuda bleibt fraktionslos.

12. September: Mit dem Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche und einem entsprechenden Vertrag werden die Rechte der alliierten Siegermächte zum 3. Oktober aufgehoben und der 2. Weltkrieg formal beendet (statt eines Friedensvertrages).

15. September: Auf einem Parteitag beschließt die DBD ihre Auflösung und den Zusammenschluss mit der CDU.

19. September: Der Palast der Republik, Sitz der Volkskammer, wird wegen Asbestbelastung geschlossen; das Parlament siedelt in den ehemaligen Sitz des SED-Zentralkomitees um.

20. September: der PDS-Abgeordnete Börner gibt sich wegen seiner Zusammenarbeit mit der Stasi vor dem Plenum der Volkskammer reumütig und findet den Beifall seiner Kolleginnen und Kollegen.

26. September: Letzte Sitzung des Ministerrates der DDR.

27. September: Vereinigungsparteitag der SPD; am Vortag haben die Sozialdemokraten der Bundesrepublik und der DDR auf getrennten Parteitagen ihre Vereinigung beschlossen.

28. September: Letzte Arbeitssitzung der Volkskammer; die Abgeordneten beschäftigen sich mit der Auflösung der Stasi und der Verstrickung ihrer Mitglieder als Mitarbeiter und Zuträger der Stasi; auf Antrag des Ministerrates billigt die Volkskammer, dass ihr Mitglied Joachim Gauck Sonderbeauftragter für die Stasi-Unterlagen im vereinigten Deutschland wird. – Die Volkskammer bestimmt die 144 Personen, die die Bevölkerung der DDR bis zum Zusammentritt des neuen Bundestages nach der Wahl im deutschen Parlament vertreten wird.

1. Oktober: Vereinigungsparteitag der CDU.

2. Oktober: Letzte Sitzung der Volkskammer im Staatsratsgebäude der DDR mit einem Rückblick auf das Wirken der 10. Volkskammer.

4. Oktober: Zusammentritt des Deutschen Bundestages. Neben 519 Abgeordneten aus dem 1987 gewählten Bundestag treten 144 Mitglieder der Volkskammer. Die acht Abgeordneten der DSU werden Hospitanten der CDU/CSU-Fraktion. Die Fraktion DIE GRÜNEN nennt sich um in DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90. Neu im Bundestag ist die Gruppe der PDS; damit ist erstmals seit 29 Jahren wieder eine Gruppe im Bundestag vertreten.

14. Oktober: Wahl der Landesparlamente in den wiederhergestellten Ländern.

2. Dezember: Wahl des 12. Deutschen Bundestages.

20. Dezember: Konstituierende Sitzung des 12. Deutschen Bundestages.

Quelle: Datenhandbuch des Deutschen Bundestages